

DEUTSCHLAND

ABGEORDNETEN - DIPLOMATIE.

Der Bundestag möchte die gegenwärtig im Nahen Osten betriebene Abgeordneten-Diplomatie auf den Ostblock ausdehnen. Auf Anregung der FDP wurde im Ältestenrat eine von der Bundestagsverwaltung für Mitte des Jahres vorgesehene Reise von fünf Parlamentariern nach Südamerika verworfen. Die freiwerdenden Mittel sollen für Reisen einzelner Abgeordneter in Länder des Ostblocks verwendet werden. Die Freien Demokraten haben bereits Reisen nach Ungarn und Jugoslawien beantragt.

WAFFENAUSGLEICH. Die Bundesrepublik will Israel rüstungswichtiges Manganerz liefern. Nach Berichten aus israelischen Quellen hat der deutsche Sonderbotschafter Birrenbach der Regierung in Jerusalem an-

geboten, einen Teil der gestoppten deutschen Waffenhilfe durch Manganerz-Lieferungen auszugleichen. Mangan dient häufig zur Herstellung besonders harter Stahlliegierungen, wie sie für die Waffenproduktion benötigt werden.

RÜSTUNGSKÄUFE. Die USA wünschen eine stärkere deutsche Beteiligung an der Entwicklung mobiler Flugzeug-Landebahnen aus Aluminium. US-Vertreter verhandeln in dieser Woche in Bonn über eine Erhöhung des bisher bezahlten deutschen Beitrags von zwölf Millionen Mark. Das Bundesverteidigungsministerium möchte jedoch einer Entscheidung ausweichen, bis eine in den USA gekaufte Bahn von knapp 3000 Meter Länge auf ihre Verwendbarkeit unter den strategischen und taktischen Bedingungen in der Bundesrepublik erprobt ist. Hauptforderung der Bonner Rüstungskäufer: Durch die versetzbaren Landebahnen

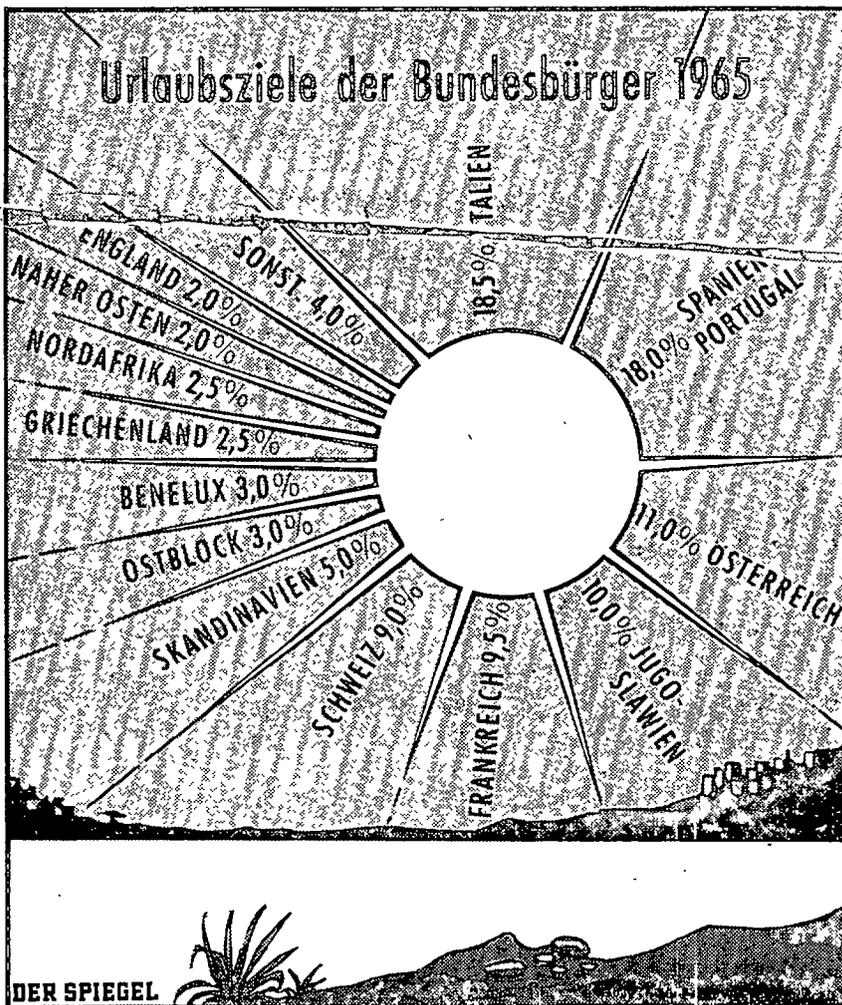
soll der dichte Verteidigungsraum an der Zonengrenze aufgelockert werden.

VERZICHT-ERKLÄRUNG. Der Präsident des Bundesrechnungshofes will den Bonner Verteidigungshaushalt nicht selbst prüfen. Hopf, der bis zum Sommer 1964 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium war, begründete seinen Verzicht damit, daß er jetzt nicht über Vorgänge entscheiden könne, die unter Umständen in seine frühere Amtszeit als Staatssekretär zurückreichen. Anstelle von Hopf nimmt der Vizepräsident des Bundesrechnungshofes, Georg Bretschneider, die Prüfung vor. Die selbstverhängte Kompetenzbescheidung will Hopf mindestens drei Jahre wahren lassen: „Bis dahin bin ich hoffentlich aus der Exekutive rausgewachsen.“

BANKGEWINNE. Die drei westdeutschen Großbanken haben abermals erhebliche Gewinne in die Rücklagen gepumpt, um ihre seit sechs Jahren übliche Dividende von 16 Prozent nicht erhöhen zu müssen. Die Commerzbank (Dividendenbetrag 36 Millionen Mark) überwies 20 Millionen Mark, die Dresdner Bank (Dividende 39,2 Millionen) 25 Millionen und die Deutsche Bank (Dividende 48 Millionen) 30 Millionen Mark in die Rücklagen. Nur die Deutsche Bank läßt mit einer günstigen Kapitalerhöhung (nominal 50 Millionen Mark zu pari beim Börsenkurs von 525) ihre Aktionäre am Geschäftserfolg des vergangenen Jahres teilhaben.

ZITATE: „Was heißt definitiv? Haben Sie schon mal einen Bankier gesehen, der definitive Aussagen macht? Wenn Sie einen solchen Bankier sehen, kann ich Ihnen nur dringend raten, ihn nicht zur Beratung hinzuzuziehen“ (Hermann Josef Abs, Vorstandssprecher der Deutschen Bank).

„Zwischen SPD und CDU gibt es jetzt eine Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer Wachablösung am 19. September“ (SPD-Vorsitzender Willy Brandt zu der Forderung des CDU-Geschäftsführers Dufhues, das Bundeskabinett nach den Bundestagswahlen umzubilden).



DER SPIEGEL

Ferien im Ausland

verleben in diesem Jahr nach Schätzungen deutscher Reise-Unternehmen sieben Millionen von insgesamt 20 Millionen Bundesbürgern, die im Urlaub verreisen wollen. Beliebteste Reiseländer bleiben Italien (1,3 Millionen Urlauber) sowie Spanien und Portugal (1,2 Millionen). Rund eine Million westdeutsche Urlauber werden 1965 voraussichtlich Jugoslawien oder ein Ostblock-Land besuchen.

AUSLAND

TRUPPENABZUG. Auf Drängen Großbritanniens werden sich die Verteidigungsminister der 15 Nato-Staaten Ende Mai in Paris zu einer Sondersitzung treffen. Die Minister sollen klären, wie die strategischen Vorstellungen der britischen Labour-Regierung mit dem Verteidigungskonzept der Nato in Einklang gebracht werden können. Die britische Regierung hatte Ende Februar in einem Weißbuch vorgeschlagen, die Stärke der Nato-Landstreitkräfte im Abschnitt Europa-Mitte zu vermin-